

Dr. Marlies Volkmer

Veranstaltung am 6. März 2016

„ Lasst uns das Erinnern nicht vergessen“ - Erinnern und Weiterdenken

Ahmad Abdili, der heute hier bei uns auftritt, musste, wie so viele seiner Landsleute aus Syrien fliehen. Es tobt seit Jahren ein Krieg, ein religiös und politisch-ideologischer bewaffneter Konflikt, der schon mehr als 270 000 Menschenleben forderte. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor den unmittelbaren Folgen der Kriegshandlungen, vor Repressionen und Verfolgungen.

Wir erinnern heute an dieser Stelle das 15. Mal an ein Geschehen, das ein Fanal für die nachfolgende nationalsozialistische Diktatur ist, die Millionen Menschen den Tod brachte, der Heimat beraubte und viele Menschen aus Deutschland in die Flucht trieb, sei es dass sie Juden waren oder politisch verfolgt wurden.

Am 8. März 1933 wurden in diesem Gebäude der damalige Verlag und die Druckerei der „Dresdner Volkszeitung“-der Zeitung der SPD-von der SA gestürmt, ebenso die im Haus befindliche Volksbuchhandlung .Die SA verbrannte auf dem Wettiner Platz Parteiliteratur und missliebige Belletristik unter dem Schutz der Dresdner Polizei .Dresden war damit Vorreiterin bei den Bücherverbrennungen in Deutschland. Dresden tat sich aber auch noch anderweitig hervor. So gab es z.B. bereits im September 19 33 eine Ausstellung im Dresdner Rathaus: „Entartete Kunst“.

Und jetzt hat Dresden PEGIDA. Dresden ist montäglicher Anziehungspunkt von Rechtspopulisten und Rechtsextremen, auch aus dem Dresdner Umland geworden.

Dresden ist anders als andere Städte

Dresden war zu DDR-Zeiten das „ Tal der Ahnungslosen“, das nach der Meinung vieler noch nachwirkt. Dresden hat sich immer auch eine ausgeprägte konservative Bürgerlichkeit bewahrt, von Uwe Tellkamp im „Turm“ treffend beschrieben. In dieser Haltung unterscheidet sich unsere Stadt von anderen ostdeutschen Großstädten, wie z. B. Leipzig. Dresdner halten ihre Stadt für den „Nabel der Welt“. Aus dieser Haltung heraus hat Dresden auch etwas bisher einmaliges vollbracht, was in der Welt Kopfschütteln verursacht hat. Dresden hat mit dem Bau der Waldschlößchenbrücke an dieser besonders schützenswerten Stelle auf das Weltkulturerbe verzichtet: „Dresden braucht den Welterbetitel nicht, Dresden ist Weltkultur“, so unterstützte der frühere sächsische Ministerpräsident Biedenkopf diese Haltung.

„König Kurt“ in seiner Staatskanzlei mit der von ihm wieder aufgesetzten goldenen Krone ist mit einem anderen Satz, aus dem Jahr 2000, sehr oft zitiert worden: „ Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus“.

Biedenkopf verstand es als Landesvater meisterhaft, nach der friedlichen Revolution einen Sachsen- Mythos wieder aufleben zu lassen: Das Bild von einem ostdeutschen Musterlände mit seinen hochbegabten Einwohnern Damals schon auf fremdenfeindliche Umtriebe angesprochen, meinte er: fremdenfeindliche Übergriffe, wie z. B. in Hoyerswerda, seien die Ausnahme, von einigen wenigen begangen. Und er, seine Frau und die CDU seien die Garanten für das Wohl der Landeskinder. Wozu braucht es da politische Bildung? Auch der MdR und die sächsischen Printmedien folgten offensichtlich bald dieser Linie. Der demokratische Aufbruch der Bevölkerung nach 1989 kam ins Stocken und zum Erliegen. Und natürlich gab und gibt es auch in Sachsen Enttäuschte, die nach der Wiedervereinigung

abgehängt wurden und nicht Fuß fassen konnten und die empfänglich für die einfachen Botschaften der Rechtsextremen wurden und Wut entwickelten, „auf die da oben“.

Eigentlich hätten bei der alleinregierenden CDU spätestens 2004 die Alarmglocken läuten müssen, als die NPD mit 9,2% der Wählerstimmen in den Sächsischen Landtag einzog. In Mittelsachsen gab es die ersten „nationalbefreiten Zonen“. Aber die Alarmglocken läuteten nicht. Statt dessen schielte man immer argwöhnisch auf den Linksextremismus.

Bei Demonstrationen gegen die NPD und Rechtsextremismus hat sich die CDU bisher nicht beteiligt.

Am vergangen Montag gab es nun im Sächsischen Landtag , von den Grünen und Linken beantragt, eine Sondersitzung zu den furchtbaren Vorgängen in Clausnitz und Bautzen.

Auf dieser Sondersitzung hat der sächsische Ministerpräsident nun eingeräumt, dass viele, auch er- das Ausmaß fremdenfeindlicher Einstellungen in Sachsen unterschätzt habe. Es sei aber falsch, Sachsen vorzuwerfen, es habe nichts gegen Rechtsextremismus getan. Aber man müsse den Kampf verstärken. Es solle mehr Einstellungen bei der Polizei geben. Innerhalb der Polizei soll die Fortbildung zu interkultureller Kompetenz und Extremismus verstärkt werden. An Sachsens Oberschulen soll ab dem nächsten Schuljahr Geschichte wieder Pflichtfach werden und es soll mehr Geld für politische Bildung ausgegeben werden.

Da kann ich nur sagen: Ja, es ist dringend notwendig , deutlich mehr für die politische Bildung in Sachsen zu tun. Es wird aber auch sehr stark auf das „ Wie“ ankommen. Wichtig ist es, politische Kultur in Sachsen zu leben. Auch die Medien haben hier eine Verantwortung. Warum gibt es zur besten Sendezeit im öffentlich- rechtlichen Fernsehen fast nur Mord und Totschlag? Und im MDR Fernsehen Berieslung mit Schlagern und Volksmusik? Und was ist das für ein Armutszeugnis, wenn bei einem Quiz im MDR Sachsenradio als einzige Frage aus dem Bereich Politik nach dem zweiten Vornamen von Kurt Biedenkopf gefragt wird? Wissen Sie ihn. Ich wusste ihn nicht und habe ihn auch schon wieder vergessen.

Notwendig ist es auch, dass der Ministerpräsident seine CDU Fraktion tatsächlich überzeugt. Der CDU Fraktionsvorsitzende teilt offenkundig die Meinung des Ministerpräsidenten zum Rechtsextremismus in Sachsen nicht.

Viel liegt in Sachsen im argen: Das Landesamt für Verfassungsschutz hat es bislang abgelehnt, PEGIDA unter Beobachtung zu stellen, obwohl in Reden ganz offen gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gehetzt wird. Paradoxerweise fordert aber PEGIDA, dass die Flüchtlinge unser Grundgesetz anerkennen müssen.

Ein Plakat auf dem steht. Merkel = Volksverräterin verbunden mit einem Galgensymbol kann bislang ganz offen, ohne jede Ahndung hochgehalten werden. Das verstehen viele Menschen und auch ich nicht .Denn das ist die Saat, die dann aufgeht in Freital, Heidenau, Chemnitz-Einsiedel ,Bautzen und Clausnitz.

Auch außerhalb von Sachsen gibt es viele Probleme:

Es macht mich fassungslos und macht mir Angst, dass bei der NSU Mordserie der rechtsextreme Hintergrund über eine so lange Zeit nicht gesehen werden wollte. Jahrelang wurde allein im Umfeld der Opfer, alle neun mit Migrationshintergrund, ermittelt, als sog. Döner- Morde bezeichnet. Ungereimtheiten bleiben auch beim Tod der Terroristen Mundlos und Bönhardt. Der NSU Untersuchungsausschuss im Bundestag hat die schwierige Aufgabe, mehr Licht ins Dunkle der NSU- Mordserie zu bringen.

Doch zurück zum aktuellen Geschehen in Sachsen :Es ist inakzeptabel, wenn ein grölender Mob wie in Clausnitz zehn Frauen, fünf Kinder und fünf Männer am Bezug ihrer Unterkunft hindert und nicht etwa die Randalierer von der Polizei aus dem Weg geräumt werden, sondern die Flüchtlinge durch die grölende Menge müssen. Dem Fass den Boden schlägt es aus, wenn dann noch gegen die Bussinsassen ermittelt werden soll, weil sie provoziert hätten. Da nützt allein die zahlenmäßige Aufstockung der Polizei nichts. Es ist auch nicht zu verstehen, wie selten Ermittlungen ein Ergebnis haben bei Blockierern von Flüchtlingsbussen und Tätern von Übergriffen auf Asylunterkünfte. Selbst nach Brandstiftungen gibt es höchst selten Verurteilungen.

In der Verfolgung linker Gegendemonstranten und Blockierer gegen Naziaufmärsche ist da die Polizei konsequenter beim Wegräumen von Blockaden und beim Ermitteln. Da schreckte sie sogar vor großflächiger Funkzellenüberwachung nicht zurück. Von 2011 bis 2013 gab es infolge dessen Ermittlungen und Anklagen wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz oder wegen Landfriedensbruchs, z. B. auch gegen einige sächsische Landtagsabgeordnete. Jüngster Fall sind die Ermittlungen gegen die Landtagsabgeordnete der Linken Juliane Nagel wegen Aufforderung zu einer Straftat: Versammlungssprengung Aufruf zur Blockade einer LEGIDA- Kundgebung. Juliane Nagel ist Trägerin des Leipziger Friedenspreises.

Aber eines stimmt auch: Heute ist die Stadt mehr denn je zerrissen durch die Bewertung von PEGIDA und der Riss geht durch Freundeskreise und Familien.

Prof. Vorländer von der TU Dresden spricht von PEGIDA als einer rechtspopulistischen Empörungsbewegung, die fremdenfeindliche und islam- kritische Ressentiments mobilisiert und Vorbehalte gegenüber den politischen und medialen Eliten vorträgt. Dem ist sicherlich zuzustimmen.

Es sind nicht alles Radikale, die da montags auf die Straße gehen.

Manche meinen, ihren Protest gegen politische Entwicklungen nur dort zum Ausdruck bringen zu können, obwohl dort ihre Kritikpunkte gar nicht artikuliert werden. Sie treibt eine Unzufriedenheit mit dem politischen System, ein Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber Regierungshandeln, einseitige Berichterstattung durch die Medien, Angst vor Krieg, Angst vor einem unkontrollierten, nicht nachlassendem Flüchtlingsstrom , auf Grund der Destabilisierung und von Kriegen in vielen Ländern.

An dieser Situation wird die Politik des Westens als mitschuldig verantwortlich gemacht, durchaus zurecht, wie ich finde.

Rechtfertigen die Ängste und die Unzufriedenheit das sich Versammeln hinter denen, die vor Überfremdung und der Islamisierung warnen, die gegen Flüchtlinge gegen Politikerinnen und Politiker und gegen die Medien hetzen und die immer radikaler werden?

Frau Festerling hat sogar die Brandstifter in Bautzen als Widerständler gelobt und die Bussinsassen beschimpft. Spätestens jetzt müssten sich die Mitläufer erschrocken und angewidert abwenden.

Es entsetzt mich, dass bei einem immer größeren Teil der Bevölkerung ein Absinken der Hemmschwelle zu beobachten ist. Es gibt zu viele Menschen, die nichts gegen verbale Gewalt haben und die nichts gegen physische und psychische Gewalt die vor ihren Augen geschieht, unternehmen. Es gibt auch Gegenden, da trauen sich Menschen schon nicht mehr zu sagen, dass sie nichts gegen Flüchtlinge haben, dass ihnen diese Menschen leidtun. Der DRK- Landesvorsitzende in Sachsen Rüdiger Unger sagte kürzlich: „Wenn man sich nicht mehr traut, zu sagen, dass man Flüchtlingen hilft, wird es gefährlich für unsere Gesellschaft.“

Was tun?

Natürlich hat keiner den Stein der Weisen, aber einiges drängt sich auf.

Notwendig ist die schonungslose Analyse was los ist in Sachsen. Dazu wäre auch ein „Sachsen-Monitor“ hilfreich, wie es ihn in Thüringen und Sachsen- Anhalt schon gibt und der analog der Sonntagsfrage im ZDF über die Einstellungen und Anschauungen der Sachsen nähere Auskunft gibt .

Politische Bildung muss alle Bereiche der Gesellschaft erreichen. Und es muss endlich politische Kultur in Sachsen einziehen. Sachsen gehört nicht der CDU.

Es gibt keine Alternative zum Dialog mit der Bevölkerung. Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker müssen überzeugend den Weg aufzeigen, wie es gelingt, dass Menschen nicht mehr in so großer Zahl fliehen müssen.

In der aktuellen Flüchtlingskrise dürfen wir Griechenland nicht allein lassen.Zur Zeit gibt es ein krasses Missverhältnis der finanziellen Unterstützung der Türkei und Griechenlands. Drei Mrd. die Türkei, 700 Mio Griechenland für drei Jahre. Warum wohl?

Und: Der Westen, auch Deutschland muss Fehler zugeben und muss sie korrigieren. Das Schwarz-Weiß- Denken: Das „böse“ Russland, personifiziert durch Putin und die „ Guten“: EU und USA, wird der Realität nicht gerecht und verhindert Konfliktlösungen. Das jetzige Waffenstillstandsabkommen in Syrien ist ein hoffnungsvoller Ansatz.

Wir müssen aufhören, Waffen in Krisengebiete zu liefern und wir müssen aufhören, durch unsere Egoismen den wirtschaftlichen Niedergang in der Dritten Welt und den Klimawandel zu befördern .Damit zerstören wir die Lebensgrundlagen in vielen Ländern dieser Welt. Wenn wir das nicht tun, werden wir noch viel größere Flüchtlingsströme erleben und kein Stacheldraht undTränengas wird die Menschen aufhalten.

Die Menschen, die hier in Deutschland als Kriegsflüchtlinge ein Bleiberecht haben oder Asyl gefunden haben, müssen bestmöglich integriert werden. Dann können auch Parallelgesellschaften verhindert werden, vor denen viele Menschen Angst haben. Das kostet zusätzliche Milliarden, die der Bund aufbringen muss. Aber das Geld sollte es uns Wert sein. Selbst die Schwarze Null darf kein Dogma sein.

All das ist schwierig, aber es gibt keinen anderen Weg, um den Frieden in unserer Gesellschaft wieder herzustellen. Es ist erschreckend, wie sich das Klima in Sachsen und in Deutschland innerhalb eines Jahres in Richtung Demokratieverachtung und Gewalt verändert hat.

Die Weimarer Demokratie war ein schwaches demokratisches Pflänzchen.

Wir haben deutlich stärkere demokratische Strukturen, aber auch unsere Demokratie ist nicht selbstverständlich. Wenn die demokratisch legitimierte Politik keine tragfähigen Lösungen präsentiert, werden Rechtspopulisten stärker und die Demokratie ist in Gefahr. Lernen wir aus unserer Geschichte!

Lasst uns das Erinnern nicht vergessen!